

STADT BLIESKASTEL
STADTTEIL BALLWEILER
BEBAUUNGSPLAN BA.04.00
"BURGSTRASSE" IN WECKLINGEN

BEBAUUNGSPLAN - SATZUNG
BA.04.00 "BURGSTRASSE" IN WECKLINGEN
DER STADT BLIESKASTEL
STADTTEIL BALLWEILER

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde in der Sitzung des Stadtrates am 24. Mai 1995 beschlossen.
Die Ausarbeitung des Bebauungsplanes erfolgte auf Antrag der Stadt Blieskastel durch den Saarpfalz-Kreis, Amt für Städtebau und Bauleitplanung

Rechtsgrundlagen

- Diesem Bebauungsplan liegen folgende gesetzliche Bestimmungen zugrunde:
- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. 12. 1986 (BGBl. I S. 2253) zuletzt geändert durch Art. 1 BauGBÄndG vom 30.07.1996 (BGBl. I S. 1189)
 - Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132) zuletzt geändert durch Art. 3 Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22.4.1993 (BGBl. I S. 466)
 - Planzeichenverordnung 1990 (PlanZV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58)
 - Bauordnung für das Saarland (LBO) vom 27.03.1996 (Amtsbl. S. 477)
 - Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.03.1987 (BGBl. I S. 889) zuletzt geändert durch Art. 5 Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22.4.1993 (BGBl. I S. 466)

Planunterlage

Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der PlanZV 90
Grundlagen: Amtlicher Katasterkarte M. 1: 500 Stand: 10/95
Örtliche Bestandsaufnahme: 11/95

Planzeichenerklärung

- 1. Art der baulichen Nutzung**
§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
WA Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)
- 2. Maß der baulichen Nutzung**
§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16, BauNVO
GFZ 0,8 Geschosflächenzahl
GRZ 0,4 Grundflächenzahl
II Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
- 3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen**
§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 und 23 BauNVO
o Offene Bauweise
--- Baugrenze
- 4. Verkehrsflächen**
§ 9 Abs. 1 Nr. 11 u. Abs. 6 BauGB
Straßenverkehrsfläche
Straßenbegrenzungslinie
Feldweg
Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
V Verkehrsberuhigter Bereich
- 5. Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen**
§ 9 Abs. 1 Nr. 13 u. Abs. 6 BauGB
o Unterirdisch
k Kanal
- 6. Grünflächen**
§ 9 Abs. 1 Nr. 15 u. Abs. 6 BauGB
Öffentliche Grünflächen
Private Grünflächen
- 7. Flächen für die Landwirtschaft und Wald**
§ 9 Abs. 1 Nr. 18 und Abs. 6 BauGB
Flächen für die Landwirtschaft
- 8. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft**
§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB
Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
Anpflanzen von Einzelbäumen
Erhaltung von Einzelbäumen
- 9. Sonstige Planzeichen**
Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB)
Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind (§ 9 Abs. 1 Nr. 26 und Abs. 6 BauGB)
vorhandene Stützmauer
Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)
Vorhandene Gebäude
Maßangabe in Metern
Vorhandene Grundstücksgrenze
Geplante Grundstücksgrenze
Höhenlinie
-265-

Textliche Festsetzungen

A.) Bauplanungsrechtliche Festsetzungen

- 1. Art der baulichen Nutzung**
Allgemeine Wohngebiete
Die ausnahmsweise zulässigen Anlagen nach § 4 Abs. 3 Nr. 4 und 5 (Gartenbaubetriebe und Tankstellen) entfallen (§ 1 Abs. 6 BauNVO).

- 2. Maß der baulichen Nutzung**
Das zweite Vollgeschoss ist nur im Dachraum bzw. im Kellergeschoss zulässig.
- 8. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft**
Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
Auf der im Plan festgesetzten Fläche sind die Ufer mit Erlen (Alnus glutinosa) und Weiden (Salix caprea, u.ä.) als Stechhölzer zu bepflanzen.
Im übrigen ist die Fläche auf der gesamten Breite der Sukzession zu überlassen.
Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
Die im Plan festgesetzten Flächen sind naturnah zu gestalten.
Dabei sind insbesondere folgende Arten zu verwenden:
Feldahorn (Acer campestre)
Haselnuß (Corylus avellana)
Roter Hartleig (Cornus sanguinea)
Schlehe (Prunus spinosa)
Holunder (Sambucus nigra)
Schneeball (Viburnum lantana)
sowie hochstämmige Obstsorten
wie z. B. Große Kirsche
Champagnerrebe
Klarapfel
Williams Christ.
Pro 5 m² festgesetzter Fläche ist ein Strauch zu pflanzen.
Pro Baugrundstück ist mindestens ein Hochstamm zu pflanzen.
Die gekennzeichneten Flächen sind gemäß Plan als Einzelbäume zu pflanzen.
Folgende Arten sind insbesondere zu berücksichtigen:
Bergahorn (Acer pseudoplatanus)
Spitzahorn (Acer platanoides)
Kastanie (Aesculus hippocastanum)
Sommerlinde (Tilia platyphyllos)
Erhaltung von Einzelbäumen
Die mit Erhaltungsgebot belegten Einzelbäume sind bei evtl. Bauarbeiten durch geeignete Maßnahmen nach DIN zu schützen. Evtl. abgängige Gehölze sind zu ersetzen.
- 9. Sonstige Planzeichen**
Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen
Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche und mindestens 5,0 m hinter der Straßenbegrenzungslinie zu errichten.
Nebenanlagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
- Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind**
Die zur Herstellung der Erschließungsanlagen erforderlichen Stützmauern, Abgrabungen und Aufschüttungen sind auf den privaten Grundstücksflächen zulässig.
- B) Festsetzungen über die Höhenlage der baulichen Anlagen**
§ 9 Abs. 2 BauGB
Die Höhenlage baulicher Anlagen wird örtlich angegeben.
- C) Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen**
§ 9 Abs. 6 BauGB
Das Plangebiet liegt innerhalb der Schutzzone III des Wasserschutzgebietes "Blieskastel". Die Richtlinien für den Bau von Abwasseranlagen in Wassergewinnungsgebieten (RiAbWag), die Richtlinien für die bautechnischen Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten (RiStWag) sowie die Richtlinien des DVWG Arbeitsblattes W 101 sind zu beachten.
- D) Örtliche Bauvorschriften**
Aufgrund des § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 93 Abs. (5) LBO werden folgende örtliche Bauvorschriften in den Bepl. Plan aufgenommen:
- 1. Geltungsbereich**
Der Geltungsbereich dieser örtlichen Bauvorschriften wird begrenzt durch die Verfahrens-grenze des Bebauungsplanes.
- 2. Gestaltung der Hauptgebäude**
2.1 **Geschosshöhe**
max. 2,90 m (Maß von OK Rohdecke bis OK Rohdecke).
2.2 **Dachform**
Zulässig sind Sattel-, Waln- und Krüppelwalmhäuser.
2.3 **Dachneigung**
28 - 48 Grad.
2.4 **Dacheindeckung**
Die Dacheindeckung darf nur mit roten Ziegeln vorgenommen werden.
2.5 **Dachaufbauten**
Dachaufbauten sind zulässig, sofern die Traufe der Hauptdachfläche nicht unterbrochen wird.
2.6 **Kniestock**
Ein Kniestock von max. 1,20 m ist zulässig (Maß von OK Rohdecke des Erdgeschosses bis UK Dachsparren, gemessen an der Außenwand).
2.7 **Fassadenverkleidungen:**
Fassadenverkleidungen aus Kunststoff oder Faserzementplatten sind unzulässig.
- 3. Gestaltung der nicht überbauten Grundstücksflächen:**
3.1 Die nicht überbauten Grundstücksflächen zwischen der Verkehrsfläche und der Gebäudeflucht sind als landschaftsgärtnerisch gestaltete offene Vorgärten anzulegen.
3.2 Grundstückszufahrten und Zuwege dürfen nur in der erforderlichen Breite befestigt werden.
- 4. Einfriedigungen:**
In den Verkehrsberuhigten Bereichen dürfen entlang der Verkehrsfläche sowie entlang der seitlichen Grenzen bis zur Gebäudeflucht Einfriedigungen eine Höhe von 0,15 m nicht überschreiten. Darunter fallen nicht die geländebedingten bzw. die zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlichen Stützmauern.
- E) Hinweise**
1. Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind Munitionsgefahren nicht auszuschließen. Vorsorgliches Absuchen vor Beginn von Erdarbeiten ist geboten.
2. Bei Bodenfundungen besteht Anzeigepflicht gemäß § 16 (1) und (2) (SDachG) gegenüber dem Staatlichen Konservatoramt, Saarbrücken.
3. Vom Landesamt für Umweltschutz wird die Durchführung von vorangehenden Bau- grunduntersuchungen empfohlen.
- Verfahrensvermerke**
Die Aufstellung des Bebauungsplanes gem. § 2 (1) BauGB wurde vom Stadtrat Blieskastel am 24.05.1995 beschlossen.
Der Beschluß zur Aufstellung des Bebauungsplanes wurde gem. § 2 (1) BauGB am 22.11.1996 orts- üblich bekanntgemacht.
Das Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr wurde gem. § 1 (4) BauGB mit Schreiben vom 04.12.1995 an der Bauleitplanung beteiligt.
Die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung gem. § 3 (1) BauGB wurde in der Zeit vom 28.11.1996 bis 19.12.1996 und im Rahmen eines Erörterungstermines am 27.11.1996 durchgeführt.
Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind nach § 4 BauGB über die Planung mit Schreiben vom 04.12.1995 unterrichtet und zur Abgabe von Stellungnahmen aufgefordert worden.
Blieskastel, den 15.01.1997
Bürgermeister

Der Stadtrat hat am 14.07.1997 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

Die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes wurde gem. § 3 (2) BauGB am 24.10.1997 ortsüblich bekanntgemacht mit dem Hinweis darauf, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können.
Nach § 4 BauGB beteiligten Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 06.10.1997 von der öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB benachrichtigt.

Der Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung hat gem. § 3 (2) BauGB öffentlich ausgelegt vom 24.10.1997 bis 02.11.1997 einschließlich.

Während der Auslegung gingen 27 Anregungen und Bedenken ein, die vom Stadtrat gem. § 3 (2) BauGB in der Sitzung am 20.03.1998 geprüft wurden. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen und Bedenken vorgebracht haben, mit Schreiben vom 20.03.1998 mitgeteilt.

Der Entwurf des Bebauungsplanes ist nach der öffentlichen Auslegung geändert worden. Daher hat der Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung in der Zeit vom 20.03.1998 bis 02.04.1998 einschließlich erneut öffentlich ausgelegt.

(Dabei ist bestimmt worden, daß Bedenken und Anregungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden können.)
Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken während der Auslegungsfrist geltend gemacht werden können, am 02.04.1998 ortsüblich bekanntgemacht worden.

Der Stadtrat hat den Entwurf des Bebauungsplanes (Planzeichnung, Zeichenerklärung, Textfassung und örtliche Bauvorschriften) nach § 10 BauGB in der Sitzung vom 20.03.1998 als Satzung beschlossen und den Inhalt der Begründung gebilligt.

Blieskastel, den 19.04.1998
Bürgermeister

Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wird hinsichtlich des o.a. Bebauungsplanes (einschließlich der festgesetzten Bauvorschriften) nicht geltend gemacht (§ 23 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997, geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 15.12.1997, BGBl. I S. 2602 i.V.m. § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB in der bis zum 31.12.1997 geltenden Fassung (a.F.) und § 93 Abs. 5 LBO).
Saarbrücken, den 02.03.1998, Az. C 1 - 5231/1998 P.v.Z.
Ministerium für Umwelt, Energie u. Verkehr
im Auftrag
P. v. Z.
Techn.

SAARLAND
Ministerium für Umwelt,
Energie und Verkehr
Postfach 102401
66024 Saarbrücken

Der Bebauungsplan ist am 14.03.1998 vom Bürgermeister als Satzung zum Zwecke der orts- üblichen Bekanntmachung nach § 12 Satz 1 BauGB ausgefertigt worden.

Blieskastel, den 14.03.1998
Bürgermeister

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens wurde gem. § 12 BauGB am 20.03.1998 ortsüblich bekanntgemacht, mit dem Hinweis darauf, wo der Bebauungsplan von jedermann eingesehen werden kann. Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften in Kraft.

Blieskastel, den 20.03.1998
Bürgermeister

Ausgearbeitet von

Pfitzer/Blind/Homborg

Homburg, den 24. November 1995

geändert am 01. Oktober 1997

Saarpfalz-Kreis
Amt für Städtebau
und Bauleitplanung

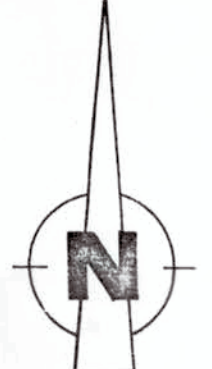


STADT BLIESKASTEL



BEBAUUNGSPLAN

BA. 04.00 "BURGSTRASSE"
IN WECKLINGEN
IM STADTTEIL
BALLWEILER



M. 1:500